

BERLINER RUNDSCHAU

GESCHICHTE
DARF NICHT
GESCHICHTE
WERDEN



DARUM WOLLEN
WIR DIE SPIELE!
FÜNF GUTE GRÜNDE
ZUM WEITERSAGEN.

„Geschichte darf nicht Geschichte werden.“

„Neuer Rahmenlehrplan – Das Niveau der Schule sinkt“, so kommentierte die Berliner Morgenpost Ende des vergangenen Jahres die aktuelle Diskussion um die geplante Neugestaltung der Rahmenlehrpläne für Berlin und griff dabei die großen Bedenken und Sorgen zahlreicher Bildungsexperten, Verbandsvertreter und Lehrer in der Stadt auf. Lernen unsere Kinder in Zukunft dann noch, wer Julius Cäsar, Napoleon Bonaparte oder Josef Stalin war?

In Berlin müssen die Rahmenlehrpläne regelmäßig überprüft werden, um das in der Schule vermittelte Wissen auf den neuesten Stand zu bringen. Um eine Vielzahl einzelner Pläne abzulösen, soll es ab dem Schuljahr 2016/17 zum ersten Mal einen übergreifenden Rahmenlehrplan für die Klassenstufen eins bis zehn geben. Aus mehreren Gründen stößt der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Ende 2014 vorgelegte Entwurf des Rahmenlehrplans bei Schulpraktikern auf Skepsis und sorgt bei Fachexperten, Verbandsvertretern und Bildungsexperten für kontroverse Diskussionen.



Teilen die Kritik am geplanten Rahmenlehrplan: Die Berliner CDU-Bildungspolitikern Katrin Schultze-Berndt und Hildegard Bentele.

Anfang des Jahres stellte deshalb der Landesfachausschuss „Schule und berufliche Bildung“ der Berliner CDU, der sich aus Schulpraktikern, Verbandsvertretern, Bildungsexperten und Bildungspolitikern zusammensetzt, die geplante Neugestaltung des Berliner Rahmenlehrplans für Klasse eins bis zehn in

einer Anhörung in den Mittelpunkt seiner Diskussion. Der neue Rahmenlehrplan soll ab dem Schuljahr 2016/17 als gemeinsamer Lehrplan für jeden Schüler und jede Schulform – Grundschule, Sekundarstufe I (Klasse 7 bis 10) und sonderpädagogische Förderschulen für Lernschwache – gleichermaßen gelten. Eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Lernniveaus wird dadurch aufgehoben. „Damit werden die individuellen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeiten unserer Kinder ignoriert“, kritisiert Katrin Schultze-Berndt, CDU-Bildungsstadträtin von Reinickendorf und Vorsitzende des CDU-Landesfachausschusses Bildung. Außerdem, so Schultze-Berndt, werde damit die Wahl des Bildungsganges eines Kindes unklar, die Noten würden aufgrund fehlender Vergleichbarkeit faktisch abgeschafft. Mit dem Verzicht auf besondere Anforderungen für Gymnasiasten werde für diese zudem die Vorbereitung auf ein Studium erschwert, stellt der CDU-Landesfachausschuss ergänzend fest.

Der neue Rahmenlehrplan sieht darüber hinaus vor, dass künftig weniger Lerninhalte an den Schulen verbindlich festgelegt werden. Statt des Erwerbs von fundiertem Fachwissen stellt der neue Rahmenlehrplan noch stärker als bisher darauf ab, Kompetenzen zu erwerben, die Schülern dabei helfen sollen, sich Wissen selbst anzueignen. Jeder Schule und jedem Fachlehrer wird noch mehr Freiraum eingeräumt, Themen aus einer Vielzahl von Angeboten nach eigener Neigung auszuwählen. „Bekennen wir uns doch zu Inhalten und Werten! Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Verbindlichkeit!“, fordert Hildegard Bentele, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und kritisiert: „So werden Schulwechsel selbst in Berlin erschwert. Eltern, Arbeitgeber und die Gesellschaft müssen sich darauf verlassen können, dass unsere Schüler am Ende eines jeden Schuljahres und vor allem am Ende der Schulzeit ein bestimmtes Wissen aufgebaut haben.“

Das Fehlen der „großen Linie“ werde besonders im Geschichtsunterricht deutlich, stellt der Geschichtslehrerverband Berlin fest. Mit dem neuen Rahmenlehrplan soll es in Berlin in den Klassen 5 und 6 keinen Geschichtsunterricht mehr geben. Das Fach soll künftig mit Geografie und

Auch die regelmäßigen Online-Mitgliederumfragen der CDU Berlin, an denen sich jedes Mal mehrere hundert Personen beteiligen, verdeutlichen, dass das Thema „Bildung“ für die Union einen hohen Stellenwert besitzt. So gaben z.B. 34% der Befragten im Herbst 2014 an, dass die Große Koalition in Berlin in den nächsten zwei Jahren insbesondere das Thema Bildung in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit stellen sollte. In der Umfrage vom Januar 2015 glauben 85% der Befragten, dass mit der CDU in Regierungsverantwortung die Bildungspolitik in Berlin auf den richtigen Weg gebracht wurde. 46% sprachen sich dafür aus, dass die CDU auch weiterhin am Thema Bildungspolitik dran bleibt.

politischer Bildung zu einem neuen Sammelfach „Gesellschaftswissenschaften“ („GeWi“) zusammengefasst werden – so wie es heute schon mit den Naturwissenschaften („NaWi“) gehandhabt wird. Darüber hinaus soll Geschichte in der 7. und 8. Klasse nicht mehr in historischer Abfolge, sondern nur in vereinzelten Themenfeldern epochenübergreifend unterrichtet werden. Geschichtliches Wissen werde damit nur punktuell erworben. Werde nicht mehr chronologisch vorgegangen, fehle den Schülern das Verständnis für historische Entwicklungen, glaubt Dr. Peter Stolz, Vorsitzender des Berliner Geschichtslehrerverbandes. Mit der im Rahmenlehrplan vorgesehenen Fokussierung auf das 19. und 20. Jahrhundert

blieben Themen wie die Antike und das Mittelalter, wie auch das Christentum in den Schulen vollkommen unbehandelt. Damit lernen Kinder auch nicht mehr, aktuelle Geschehnisse vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen zu verstehen und einzuordnen, mahnen die Experten des CDU-Fachausschusses.

Zahlreiche Geschichtslehrer aus Berlin und Brandenburg lehnen deshalb den neuen Rahmenlehrplan in seiner geplanten Form für ihr Schulfach ab. Sie befürchten, dass durch die neuen Lehrpläne historisch notwendiges Wissen verloren geht und das Fach Geschichte mit der Einführung eines neuen Sammelfachs „GeWi“ schleichend abgeschafft werden soll. Mit

einer Online-Petition („Geschichte darf nicht Geschichte werden!“), an der sich bereits über 2.000 Menschen beteiligt haben, versuchen Lehrerinnen und Lehrer nun die neuen Rahmenlehrpläne für das Fach Geschichte zu verhindern.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion spricht sich die Berliner CDU daher dafür aus, den bis Ende März geplanten Anhörungszeitraum für die Beratung des neuen Rahmenlehrplanes bis zu den Sommerferien zu verlängern, um die Meinungen und Bedenken von Schulpraktikern, Verbandsvertretern, Eltern und Schülern in angemessener Weise berücksichtigen und in den laufenden Prozess einbeziehen zu können.



BILDUNG AUF DEN RICHTIGEN WEG GEBRACHT!

Mit der CDU in Regierungsverantwortung ist es gelungen, die Bildungspolitik in Berlin wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu schaffen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, hat die CDU den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern beim Übergang zur Oberschule eingeführt. Mit der Sicherstellung der Hortbetreuung in den Klassen 5 und 6 sowie dem weiteren Ganztagsausbau der Oberschulen erleichtert die CDU vielen Berliner Eltern die Organisation von Familie und Beruf. Auch die von der CDU geforderte Einführung eines Beratungsgesprächs beim Übergang in das Gymnasium ab einem Notendurchschnitt von 3,0 dient dazu, Eltern und Schüler bei der Schulwahl besser zu unterstützen.

VERBESSERUNGEN FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER

Auch für die Lehrkräfte gab es mit der CDU im Senat Verbesserungen z. B. in Form der (Wieder-) Einführung der Stundenreduktion für ältere Lehrkräfte, der Einstellung von Verwaltungsleitern und Hausmeisterassistenten, der Einführung eines Fortbildungstages und höheren Praxisanteilen in der Lehrerausbildung.

SCHULSANIERUNG

Die CDU hat die Mittel des Schul- und Sportanlagensanierungsprogramms verdoppelt, ein Schultoilettenanierungsprogramm aufgelegt und sich

dafür eingesetzt, dass freiwerdende Bafög-Mittel und zusätzliche Investitionsmittel vorrangig in Schulsanierungen fließen. 2015/2016 wird eine Rekordsumme von rd. 200 Millionen Euro für Schulsanierungen bereitstehen.

KEINE FRÜHEINSCHULUNG

Die CDU hat das Ende der Früheinschulung durchgesetzt. Damit wurde dem Elternwillen, der durch die von Jahr zu Jahr gestiegenen Rückstellungsanträge deutlich wurde, endlich Rechnung getragen.

KEIN ZWANG ZUM JÜL

Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL) hat die CDU durchgesetzt. Weit über die Hälfte der Grundschuleingangsklassen haben sich seither von dieser unausgegorenen Reform verabschiedet.

Frank Henkel: „Wir wollen die Spiele“

Wenige Wochen vor der Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), ob er sich mit Berlin oder Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 bzw. 2028 bewerben will, hat der CDU-Landesvorsitzende, Senator für Inneres und Sport sowie Bürgermeister von Berlin Frank Henkel noch einmal ein klares Zeichen gesetzt. Im Beisein von Profis des Fußball-Bundesligisten Hertha BSC und Nachwuchsspielern des Vereins entzündete

Frank Henkel symbolisch die Olympische Flamme im Olympiastadion. Dabei wurden 500 Luftballons mit der Aufschrift „Wir wollen die Spiele“ in den Himmel steigen gelassen. „Wir wollen und wir können die Spiele“, betonte der Sport- und Innensenator Henkel. „Wir haben viele Voraussetzungen für ein nachhaltiges Olympiakonzept in Berlin: die Sportbegeisterung, die Erfahrung mit Großveranstaltungen und die bereits vorhandenen olympiatauglichen Sportstätten.“



Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe im Bundestag, Generalsekretär Kai Wegner, wirbt mit Frank Henkel und den Berliner Abgeordneten für die Spiele in der Hauptstadt.

Weil Deutschland die Spiele in Berlin will.

Die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele im eigenen Land ist für die Mehrheit der Deutschen ein attraktives Sportereignis. Dabei spricht sich die Mehrheit der Befragten für Berlin als Austragungsort aus. (FAZ, 15.12.2014)

Weil Sportbegeisterung hier zu Hause ist.

Das zeigen etwa der Berlin-Marathon, das ISTAF, viele Welt- und Europameisterschaften oder das unvergessene Sommermärchen zur Fußball-WM 2006.

Weil Berlin Olympia kann.

Ein Großteil der benötigten Sportstätten existiert bereits. Berlin verfügt schon jetzt über mehr als 2.000 Sportanlagen, 37 Schwimmbäder sowie 26 Frei- und Sommerbäder. Die Hotelkapazitäten und der ÖPNV sind heute schon auf Olympia-Niveau.

Weil die Spiele Berlin nutzen.

In London brachte Olympia 2012 mindestens 5.000 neue Jobs; die Restaurants, Clubs und Theater hatten 20 Prozent mehr Besucher. London hat im Übrigen, was die Organisation der Spiele angeht, unmittelbar Gewinn gemacht.

Weil Berlin lange davon profitieren wird.

Die Spiele sind nicht nur ein dauerhafter Schub für den Tourismus, sondern auch für die Stadtentwicklung. Durch das Olympische Dorf entstehen 5.000 neue Wohnungen. Von der Schulsporthalle bis zum Olympiastadion werden Sportstätten saniert. Berlin wird dabei keine neuen Schulden aufnehmen.